Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13653, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil einst 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Freitag, den 3. September 1926 — Nummer 194

Der Sammelruf des Bürgertums

„Nie wieder Sowjetsachsen"

Unter diesem Schlachtruf versucht der Landesbürgerrat Sachsens die Reihen aller Reaktionäre für die kommenden Neuwahlen des Sächsischen Landtags im Oktober zu formieren. Nachdem es den Vaterländischen Verbänden **nicht** geglückt ist, die **führende** Rolle im Wahlkampf der bürgerlichen Parteien zu spielen, und sie zur Rolle einer nur mitwirkenden Organisation degradiert worden, sind nunmehr die wirtschaftlichen Organisationen des sächsischen Bürgertums in den Vordergrund getreten. Die Verhandlungen, die jetzt ununterbrochen getagt haben, wurden vom Landesbürgerrat Sachsens geführt, der sich jetzt mit einem Schreiben an die Bürger Sachsens wendet, in dem es heißt:

„Sie werden **sicher den Aufruf des Verbandes sächsischer Industrieller gelesen haben, der seine Mitglieder auffordert,** die Bestrebungen **zu einer bürgerlichen Einheitsliste zur kommenden Landtagswahl zu unterstützen.**

Der unterzeichnete **Landesbürgerrat Sachsens hat von allen** größeren politischen **Parteien (von den Deutschvölkischen bis** zum Zentrum **und der Demokratischen Partei) den Auftrag erhalten, mit den Parteien dahin zu verhandeln, daß das Bürgertum geschlossen und einmütig in den Wahlkampf** eintritt. Der **Landesbürgerrat freut sich außerordentlich über** die Unterstützung **durch den Aufruf sächsischer Industrieller.**

Er erbittet **auch Ihre sofortige Hilfe! Er bittet Sie, daß** Sie durch ein **sofortiges Schreiben an die Partei, der** Sie nach Ihrer **politischen Einstellung angehören, Ihr Einverständnis** und **Ihren Wunsch zur Schaffung einer solchen bürgerlichen Einheitsliste zum Ausdruck bringen.**"

Sodann werden in diesem Schreiben die Vorteile einer bürgerlichen Einheitsliste aufgezählt, **und dann heißt es** zum Schluß wörtlich:

„Endlich **betont der Landesbürgerrat auch Ihnen gegenüber, daß er nur den ehrlichen Makler mit dem Ziele einer bürgerlichen Mehrheit im Landtag machen will mit dem** Wunsche: „**Nie wieder Sowjetsachsen!**"

Diesen Sammelruf des Landesbürgerrats begleiten Bettelbriefe an die verschiedenen wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer, in denen sie entsprechend der Größe der einzelnen Verbände ersuchen, zu den Wahlunkosten beizutragen. So wird beispielsweise vom Textilarbeitgeberverband in Zwickau in einem Rundbrief die Summe von **100 Mark** zur Ueberweisung an das Wahlbüro des **Landesbürgerrates** angefordert.

Die Rüstungen der sächsischen **Bourgeoisie werden mit aller** Kraft fortgesetzt. Bekanntlich **haben die Verhandlungen zur** Aufstellung einer Einheitsliste, wie wir schon berichteten, bis jetzt noch nicht zu einer Einigung geführt. Die Verhandlungen werden auf den **kommenden Montag vertagt.** Die Vorbereitungen der Reaktion **werden zweifellos** das sächsische Proletariat sehr gestählt vorfinden. **Wenn aber die SPD-Presse Sachsens,** wie die „Leipziger **Volkszeitung"** in Verbindung mit den Mobilmachungsplänen **einen Satz aus bürgerlichen Zeitungen** entnimmt, die gegen **ein Zusammengehen** mit den Altsozialdemokraten hob, in dem es **heißt, die Altsozialisten hätten im künftigen** Landtag infolge ihres **geringen Anhanges und ihrer geringen** Mandatszahl nicht mehr viel zu sagen, so **beweist das, daß man** den Kampf gegen **diese Verräter des Proletariats nicht ernst** nimmt. Das Bürgertum **weiß ganz genau, daß sich unter ihrem** Sammelruf „Nie wieder Sowjetsachsen!" auch die Partei der sächsischen Sozialfaschisten zum gemeinsamen Kampfe gegen die Arbeiter stellen wird. Die **Buck-Wirth-Elsner** und **Bethke** werden die Frontverlängerung des Bürgertums darstellen, und ihre Aufgabe wird es sein, das weiß das Bürgertum nur zu genau, die **politischen Ziele** der sächsischen Reaktion **mit ihrer Hilfe** zu verwirklichen. Wie stark der Anhang der 23 noch ist, **haben die letzten Vorgänge** anläßlich der Dresdner Konferenz der Gewerkschaftsangestellten gezeigt. Ihr Einfluß in den Gewerkschaften, den sie mit Hilfe der rechten Führer der Arbeiterorganisationen **bisher noch in weitgehendstem** Maße ausüben konnten, ist für das sächsische Proletariat **viel gefährlicher** als ihre parlamentarische Stärke, die, das darf nicht unterschätzt werden, für die kommende Entwicklung in Sachsen und für die Arbeiterklasse von **entscheidender** Bedeutung sein wird. Die Arbeiterschaft wird auf die Parole **des Bürgertums,** wie auch auf die Halbheit der sächsischen Linken im Kampfe gegen die rechten Renegaten ihre Antwort geben und den Kampf aufnehmen **für ein rotes Sachsen** und ein **Sowjetdeutschland.**

Während die linken Führer, wie vor wenigen Tagen erst durch die „Leipziger Volkszeitung" wiederum bestätigt wurde, einem entschiedenen Kampfe gegen die 23 und ihren Anhang in den Gewerkschaften aus dem Wege zu gehen und sich um eine klare politische Entscheidung herumzudrücken versuchen, beginnen die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften auf immer breiterer Basis und in schärferer Weise gegen die Sozialfaschisten vom Schlage der Franz-Wirth-Elsner und Konsorten Stellung zu nehmen und verlangen die Beseitigung dieser Renegaten und ihrer Anhänger in den Gewerkschaften. So wird uns heute berichtet, daß die Betriebsräte und Vertrauensleute der Jca A.-G. in einer gemeinsamen Betriebsräte- und Vertrauensleuteversammlung zu den Umtrieben und Solidaritätsaktionen der rechten Gewerkschaftsführer mit den 23 Stellung genommen haben. Sie nahmen einstimmig folgende Entschließung an:

„Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Jca A.-G., Dresden, lehnen mit Entrüstung das Vertrauensvotum der Gewerkschaftsangestellten für die 23 rechten, alten Sozialdemokraten ab. Obwohl in einer Sitzung vom 3. August von einem Angestellten des DMB das Verhalten der 23 mißbilligt wurde, scheint das in Wirklichkeit der Wahrheit nicht zu entsprechen. Die Werbearbeit für den DMB seitens der Vertrauensleute wird durch derartiges Verhalten sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Jca A.-G. mißbilligen aufs Schärfste das Verhalten der Gewerkschaftsangestellten gegenüber den „alten Sozialdemokraten"."

So wie die Betriebsräte und Vertrauensleute der Jca A.-G., so müssen in allen übrigen anderen Betrieben und vor allen Dingen in den Gewerkschaftsorganisationen die sozialdemokratischen Arbeiter gemeinsam mit den Kommunisten gegen die Helfershelfer der sächsischen Reaktion und ihre Hilfstruppe, gegen die rechten Gewerkschaftsführer Stellung nehmen. Die Reinigung der Arbeiterorganisationen von diesen klassenfeindlichen Elementen ist die wichtigste Aufgabe, die den sozialdemokratischen Arbeitern und den Kommunisten jetzt gestellt ist. Die Stützpunkte der Koalitionsgenossen der sächsischen Reaktion müssen von der klassenbewußten Arbeiterschaft erobert werden. Darüber hinaus gilt es, gegenüber den Bestrebungen des Bürgertums, **eine Einheitsfront** gegen die Arbeiter zu schaffen, alle Kräfte zu mobilisieren und alle Vorbereitungen zu treffen, um den Sieg der Arbeiter bei den kommenden Landtagswahlen sicherzustellen.

Erwerbslose und Sächsischer Landtag

Am 12. August haben die Erwerbslosen auf einer Landeskonferenz in Dresden eine Reihe von Forderungen für das Reich und für Sachsen aufgestellt. Zur Führung der Verhandlungen mit den Behörden und Parteien wurde ein provisorischer Landesausschuß gewählt. Dieser Ausschuß hat in Dresden mit dem Landtagspräsidenten, in Berlin mit Vertretern des Reichsarbeitsministeriums und des ADGB verhandelt. Sie verlangten vom Landtagsvorstand die Einberufung des Landtages, damit sie als Vertreter der Erwerbslosen dem Landtage die Forderungen der Erwerbslosen unterbreiten könnten. Dies wurde vom Präsidenten abgelehnt.

Die **kommunistische Fraktion** stellte am 23. August einen Antrag an den Landtag, der die Forderungen der Erwerbslosen enthielt. Es wird vom Reich verlangt: „Die Unterbringung der Erwerbslosen im Produktionsprozeß, die Wiederherstellung und Einhaltung des achtstündigen Arbeitstages, das Verbot von Betriebsstillegungen und Einschränkungen und die Kontrolle durch Betriebsräte und Gewerkschaften, Erhöhung der Unterstützung um 50 Prozent, Aufhebung der Ortsklassen und Unterstützung während der ganzen Dauer der Arbeitslosigkeit, Erlaß der Mietzinssteuer, Zuschüsse für Miete und Feuerung, Kleidung, Wäsche und Schuhwerk, Aufhebung des Sperrparagraphen, keine Anrechnung von Renten, Notstandsarbeiten mit tariflicher Bezahlung, Bekämpfung der Zwangsarbeit und des Arbeitspflichtgesetzes."

Für Sachsen wird verlangt: Sofort Notstandsarbeiten im großen Umfange mit tariflicher Bezahlung durchzuführen, wöchentlich nur zweimaliges Stempeln, Versorgung mit Lebensmitteln und Feuerungsmaterial. Die Mietgerichte anzuweisen, daß keine Erwerbslosen und Fürsorgeempfänger aus den Wohnungen gesetzt werden dürfen. Für Erwerbslose und Fürsorgeempfänger sowie für alle über 60 Jahre alten Personen sofortige Auszahlung der aufgewerteten Sparguthaben, schärfste Anwendung der Stillegungsverordnung gegen die Unternehmer."

Dieser Antrag sollte vom alten Landtag sofort verabschiedet werden, damit den Erwerbslosen in ihrer Not geholfen und sie anstelle der unzureichenden Unterstützung Arbeit zu tariflichen Löhnen erhielten.

Obwohl die Reichsregierung und in ihrem Gefolge auch die sächsische Regierung monatelang die Oeffentlichkeit mit dem sogenannten Notstandsarbeiten-Programm beunruhigt und in den Erwerbslosen Hoffnungen auf Arbeit geweckt hat, ist bis jetzt weder von der Reichs- noch von der sächsischen Regierung irgend etwas getan worden.

Trotzdem die Propaganda der Regierungen von der ganzen bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse und diesen Parteien unterstützt wurde, sollen die Erwerbslosen auch in Zukunft weder Arbeit noch eine Erleichterung ihrer Lage bekommen. **Das beweist die Stellung der Parteivertreter in der Sitzung des Landtagsvorstandes vom 26. August.** Die Kommunisten verlangten, daß der Landtag am 31. August zusammenberufen würde, um sich mit den Forderungen der Erwerbslosen zu beschäftigen. Trotzdem Sachsen mit am schärfsten von der Erwerbslosigkeit heimgesucht wird — es kommen in Sachsen auf 1000 Einwohner 39,3 Hauptunterstützungsempfänger — lehnte die Mehrheit des Landtagsvorstandes die Einberufung des Landtages für den 31. August und dann die Behandlung der Erwerbslosenforderungen im alten Landtag überhaupt ab. **Von der „linken" SPD, die durch Mucker vertreten wurde, bis zu den Deutschnationalen, war eine Einheitsfront gegen die Erwerbslosen vorhanden.**

Den Reigen gegen die Erwerbslosen eröffnete Mucker. Er kämpfte am schärfsten gegen die Behandlung der Erwerbslosenforderungen und bezeichnete den kommunistischen Antrag — der nur die Forderungen der Erwerbslosen vom 12. August enthält — als Agitationsanträge der Kommunisten. Die linke SPD scheint ganz vergessen zu haben, daß auf dem Landesparteitag der SPD im Januar dieses Jahres Anträge gestellt und im Sächsischen Landtag eingebracht und behandelt wurden, die von der sächsischen Regierung 80 000 000 Mark zur Beseitigung der Wohnungsnot, 10 000 000 Mark zur Unterstützung der Erwerbslosen und 10 000 000 Mark als Darlehen für Notstandsarbeiten an die Gemeinden forderten. Mit der Einbringung dieser Anträge, die 50 000 000 Mark von der sächsischen Regierung forderten, widerlegen sie ihre dauernden Behauptungen, daß die kommunistischen Anträge Agitationsanträge seien. In einer Anfrage vom 24. Juni 1926 weisen sie auf die große Arbeitslosigkeit in Sachsen hin und fragen die Regierung: Was sie zu tun gedenkt, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen und Mittel dafür flüssig zu machen? Damit vertritt sie auch in neuerer Zeit dasselbe, wie auf dem Landesparteitag im Januar. Sie ist immer noch der Meinung, daß die sächsische Regierung, wenn sie den Erwerbslosen helfen wollte, dazu in der Lage wäre, und auch Geld für Notstandsarbeiten und für Unterstützung der Erwerbslosen zu beschaffen.

Die Bezeichnung der Erwerbslosenforderungen als „kommunistische Agitationsanträge" ist für die „linke" SPD, die sich anschickt, in Sachsen nach den Landtagswahlen die Regierung in die Hand zu nehmen, nur ein Mittel, gegenüber den Erwerbslosen in Sachsen keinerlei Verpflichtungen übernehmen zu müssen. Würden die Forderungen berechtigt, dann müßte die „linke" SPD entsprechend ihren eigenen Anträgen sich auf den Boden der Erwerbslosenforderungen stellen aber sie mußte durch die Ablehnung dieser Forderungen gegen ihre eigenen Anträge stimmen. Mit der letzteren Stellungnahme würde sie ihre bisherige Politik gegen die Koalitionsregierung und die DN Rechten als falsch hinstellen und zugeben, daß eine andere Politik auch von ihnen, das heißt den Linken nicht geführt werden könnte.

Das hätte zur Folge, daß ihnen bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen die Arbeiterwähler davon liefen und zu den Kommunisten gingen. Würden sie gezwungen, im alten Landtag für die Forderungen der Erwerbslosen einzutreten und dafür

Reichstagung der Industriellen

Heute und Sonnabend werden sich in Dresden die deutschen Industriellen zu ihrer Reichstagung einfinden. Aus allen Teilen Deutschlands werden die führenden Scharfmacher und die Wirtschaftsmagnaten zusammenkommen, um ihre Beratungen zu pflegen. Zurzeit, **da mehr als 3 Millionen Arbeitslose** die schwere Wirtschaftskrise Deutschlands kennzeichnen, werden die deutschen Industriellen in **Dresden** beraten, auf welche Weise sie das von der deutschen Industrie im vergangenen Jahre niedergelegte „Wirtschaftsprogramm" zur **vollständigen** Durchführung bringen. **Auch diese Tagung** der industriellen Scharfmacher hat keinen anderen Sinn und keine andere Aufgabe, als die Herrschaft und den Einfluß der Wirtschaftsgewaltigen in der kapitalistischen Republik zu **festigen** und auf Kosten **der Arbeiter sicherzustellen.** Die Vertreter der Hindenburg-Regierung **und** auch die Vertreter der Heldt-Koalition in Sachsen **werden** auf dieser Tagung zahlreich vertreten sein und **gehorsamst** die Wünsche und Forderungen der wirklichen Machthaber in Deutschland entgegennehmen. Das geschäftsführende Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, **der bekannte Geheimrat Kastl,** wird die wirtschaftspolitischen **Forderungen der Industrie** darlegen. Auch Herr **Reinhold wird vertreten sein** und wird Finanz- und Wirtschaftspolitik **behandeln.** Außerdem werden eine ganze Reihe der **bekannten Scharfmacher,** u. a. der Vorsitzende des Verbandes Sächsischer Industrieller, **der Fabrikbesitzer Moras,** der Geheimrat **Duisberg,** der Vorsitzende des Reichsverbandes, und der Vorsitzende **des Aufsichtsrates der Dawesbahngesellschaft von Siemens anwesend sein.** Es ist selbstverständlich, daß auch der frühere Syndikus der sächsischen Industriellen und jetzige Außenpolitiker der außenpolitischen Interessen der deutschen Kapitalistenregierung, **Herr Stresemann,** dieser Tagung beiwohnt. **Mit ihm werden noch eine Reihe anderer** Reichsminister zu der Tagung erscheinen. Die sächsische Regierung, die schon auf der letzten Tagung der sächsischen Industriellen durch den Sozialdemokraten Müller vertreten war, beeilt sich, den Scharfmachern einen würdigen Empfang zu bereiten. So berichtet heute morgen der „Dresdner Anzeiger", daß die sächsische Regierung, die kein Geld übrig hat, um den Opfern der von den Industriellen durchgeführten Rationalisierung zu helfen, beabsichtigt, **die Höhen und Ufer der Elbe beleuchten zu lassen,** damit die Industriellen von einem Ausflug in die Sächsische Schweiz zurückkehren. Was kümmert sich die Heldt-Regierung um die Interessen der Arbeiter! Sie beeilt sich auch diesmal, ihren Auftraggebern die „gebührende Achtung" und den Beweis zu erbringen, daß sie bisher die Interessen des Unternehmertums gewahrt hat. Die bürgerliche Presse, die heute morgen der Tagung der Industriellen ihre Spalten widmet, erkennt die Rolle der SPD-Führer im vollsten Maße an. Der „Dresdner Anzeiger" schreibt: **„Es gab eine Zeit, in der die Sozialdemokratie schlechthin die Macht im Staat besaß. Hoffende in ihren Reihen mögen geglaubt haben, die Stunde sei da, den vielversprochenen, vielgepriesenen Zukunftsstaat aus der Taufe zu heben. Die Sozialdemokratie hat das nicht nur nicht getan, sondern sie hat sich mit politischem Verständnis für die Lage des deutschen Volkes und mit klugem Wirklichkeitssinn des Unternehmertums bedient, um das Volk am Leben zu erhalten."** Diese erneute Anerkennung für die Verräterdienste der sozialdemokratischen Führer **trifft in allererster Linie auf die sächsischen Renegaten zu.** Die Tagung der sächsischen Industriellen in Dresden, auf der das Unternehmertum neue Kampfansage gegen die Arbeiterschaft schmiedet, ist **von größtem Interesse für die gesamte Arbeiterschaft.** Wir werden auf diese Tagung noch eingehend zurückkommen. Die Arbeiterschaft aber hat daraus die Lehre zu ziehen, daß diese Rüstungen der Industriellen und der Reaktion, die sich jetzt in Sachsen vollziehen, sie vor neue, schwere Aufgaben stellt. Sachsen darf nicht mehr der Hort der Reaktion sein. Bei den kommenden Wahlen wird die sächsische Arbeiterschaft zeigen, daß sie nicht nur gewillt ist, mit der Herrschaft der Bourgeoisie in Sachsen Schluß zu machen, sondern darüber hinaus bereit ist, den Kampf aufzunehmen gegen die Pläne und Raubzüge der Großkapitalisten.